
Ist der Euro noch zu retten?

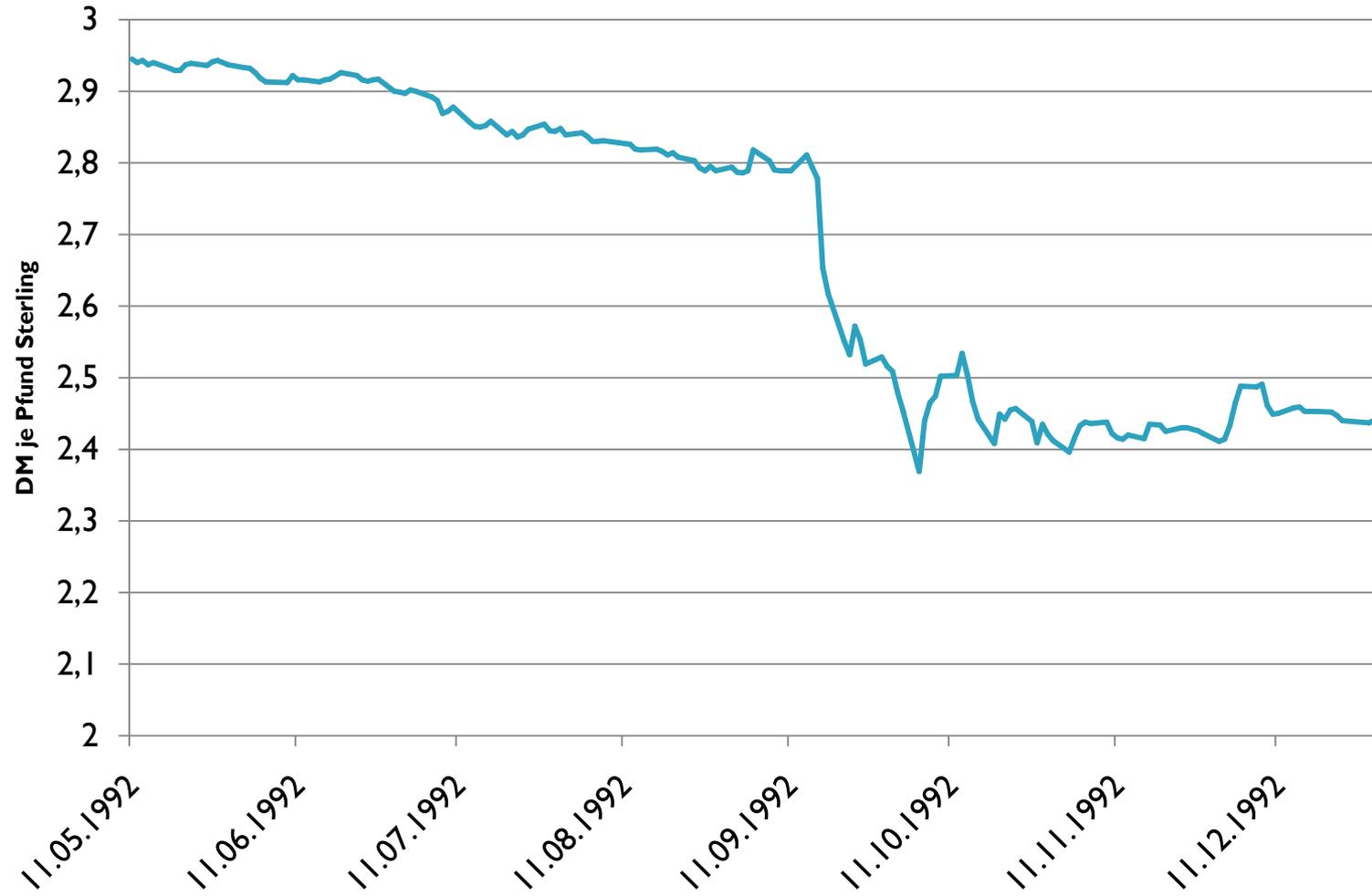
Peter Bofinger



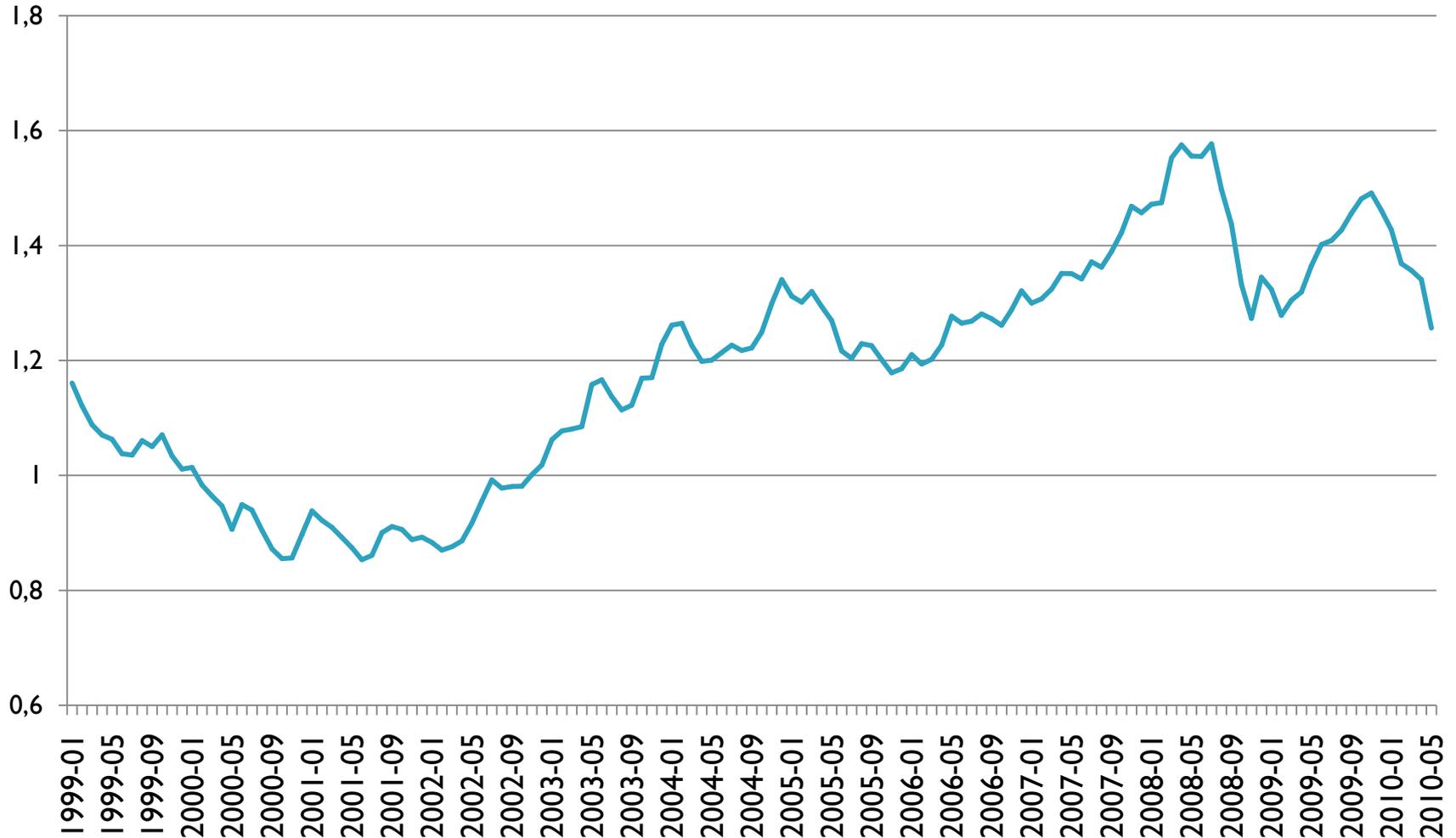
Lohnt es sich den Euro zu
retten?



Euro schützt vor Spekulation am Devisenmarkt

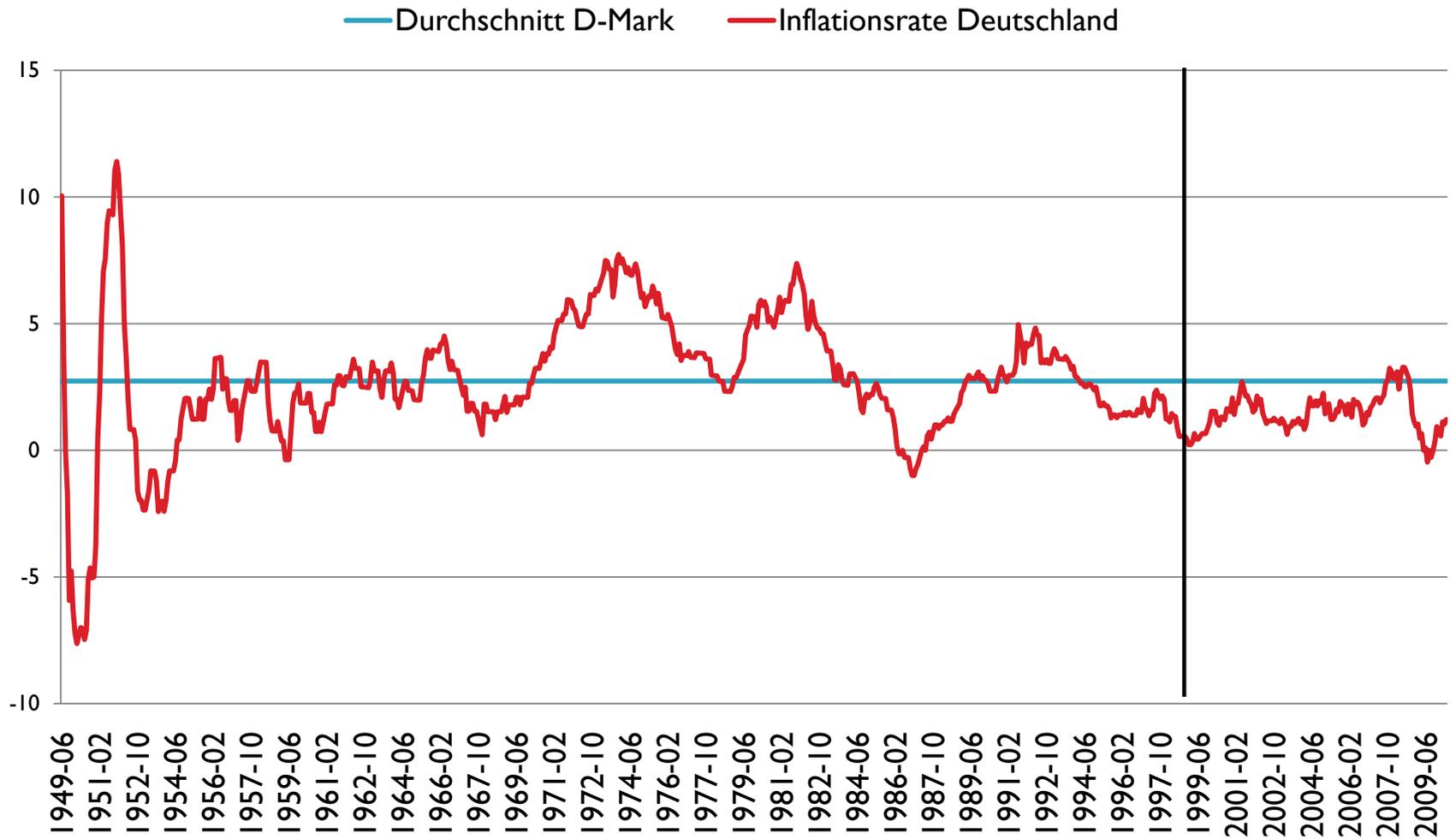


Abwertung des Euro gegenüber US-Dollar nichts Ungewöhnliches

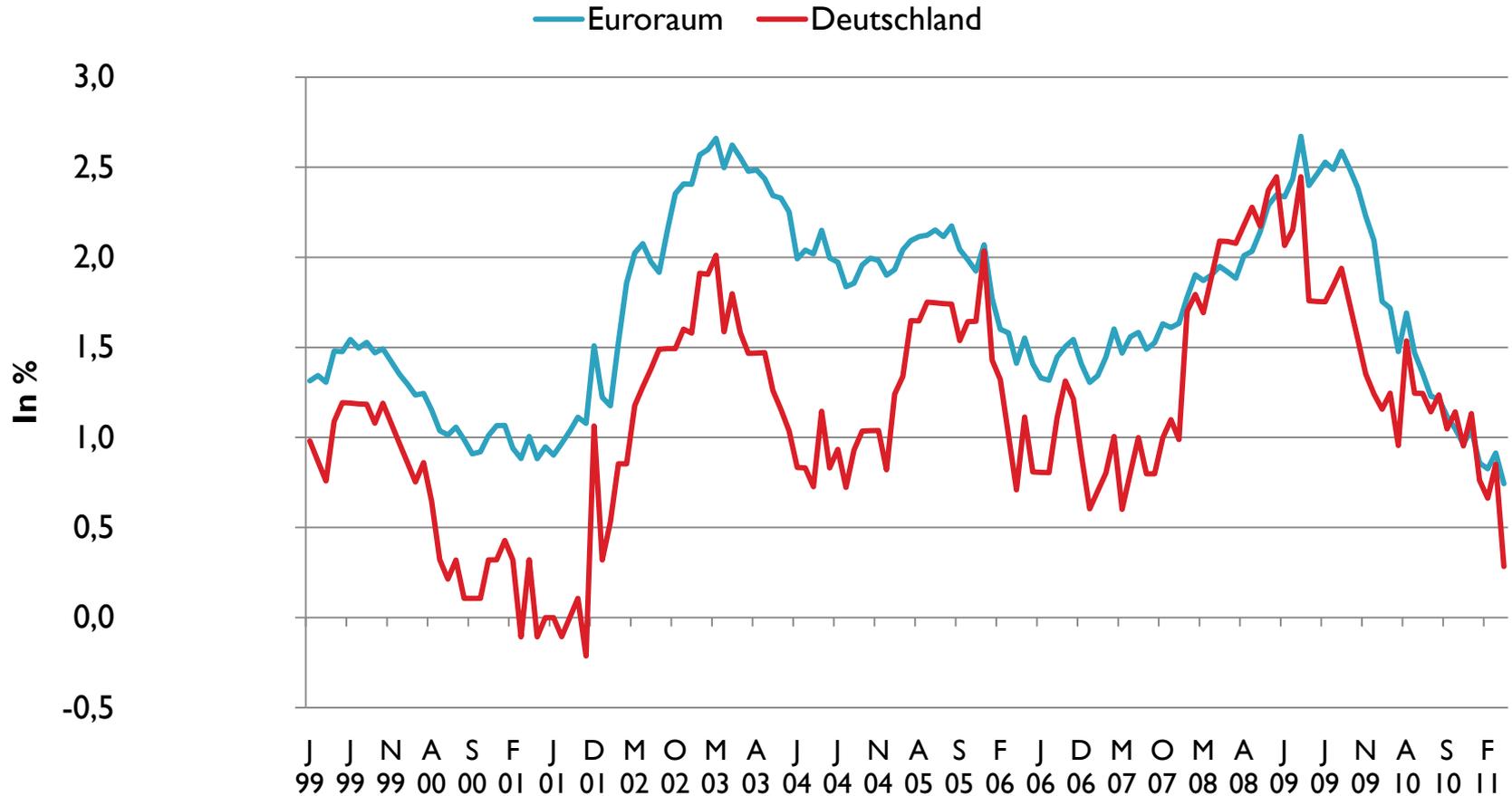


US-Dollar je Euro

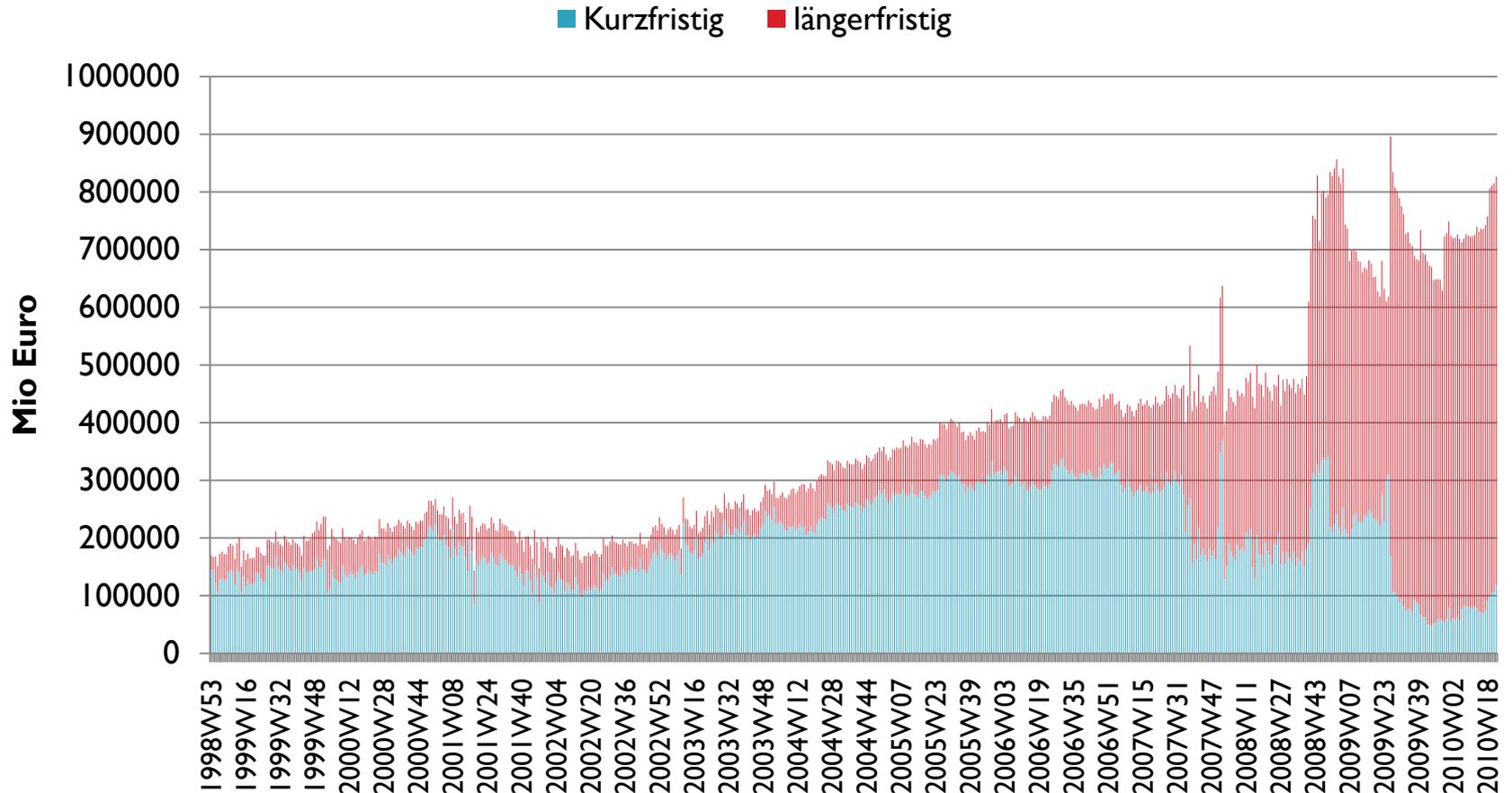
Euro stabiler als die D-Mark



Euro-Kerninflationsrate auf Tiefstand

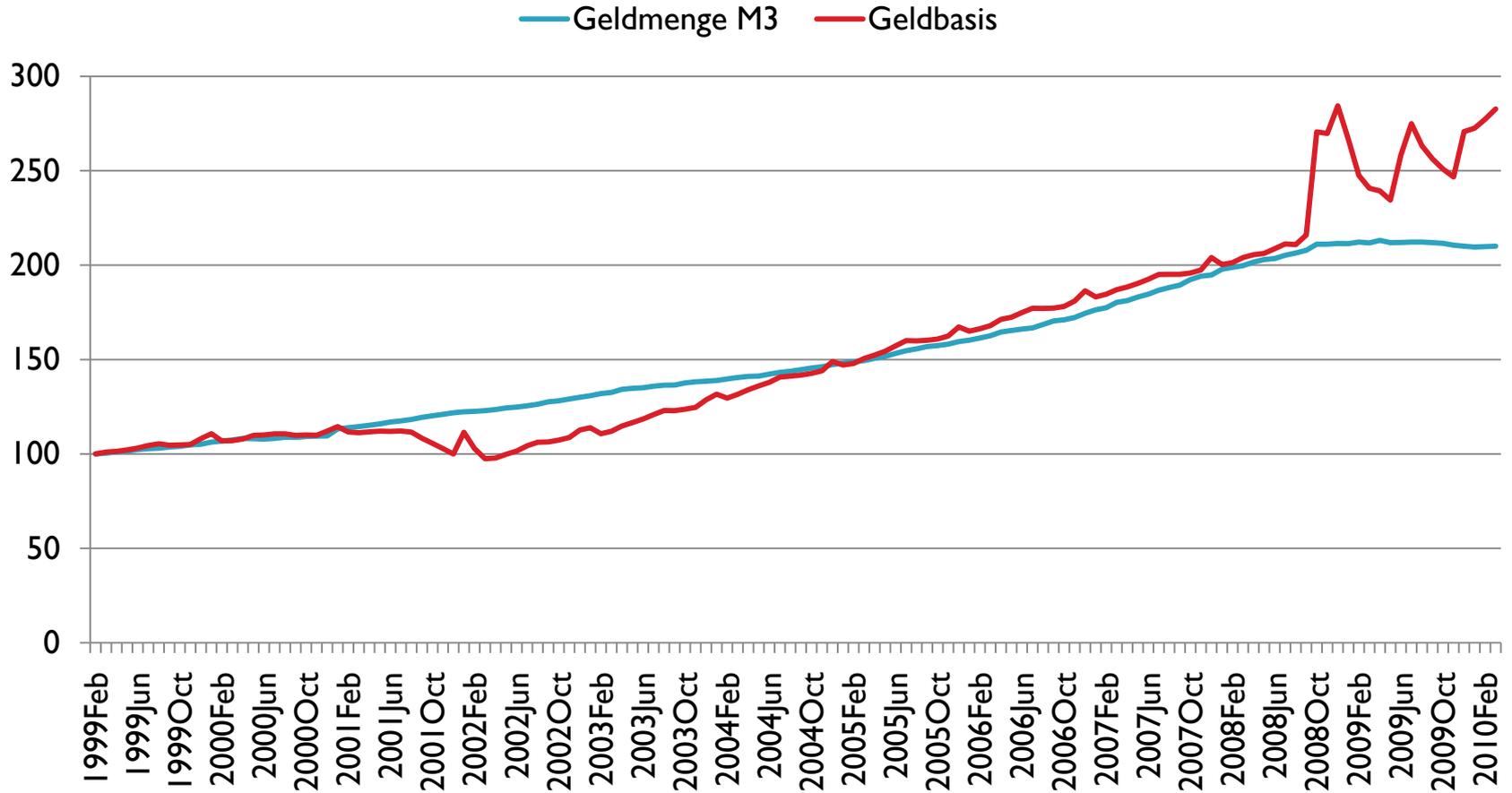


Inflationsgefahr durch hohe Notenbankkredite?



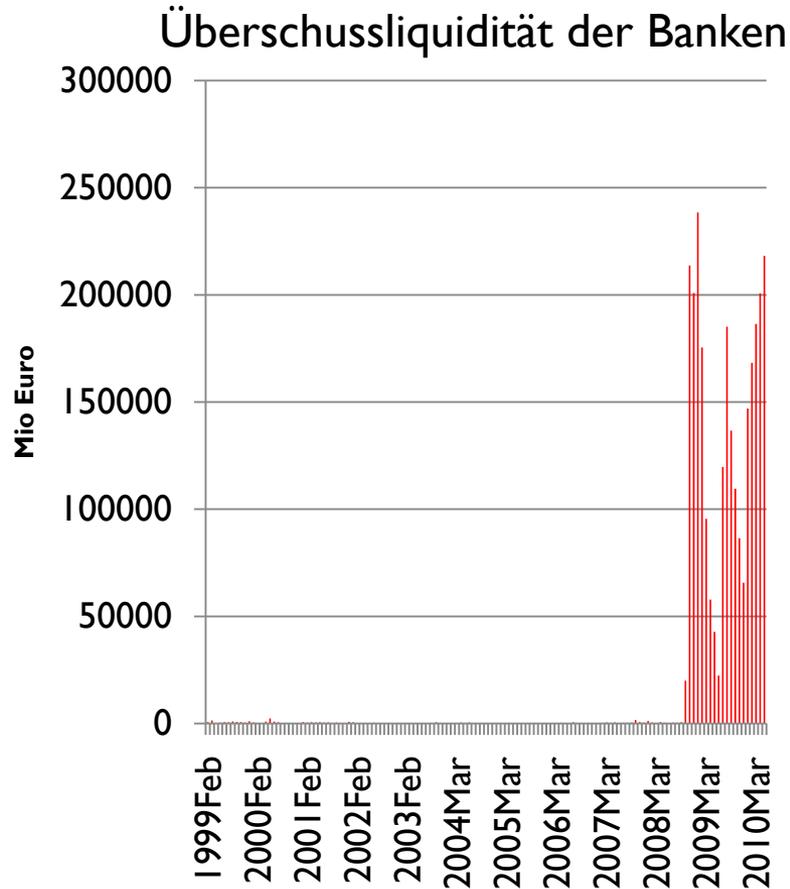
▶ In Millionen Euro. Quelle:ECB

Bisher kein Überspringen auf Bankkredite und Geldmenge



Februar 1999=100

EZB kann Überschussliquidität leicht absaugen



Politische Unabhängigkeit als Schutzschild gegen die Politik

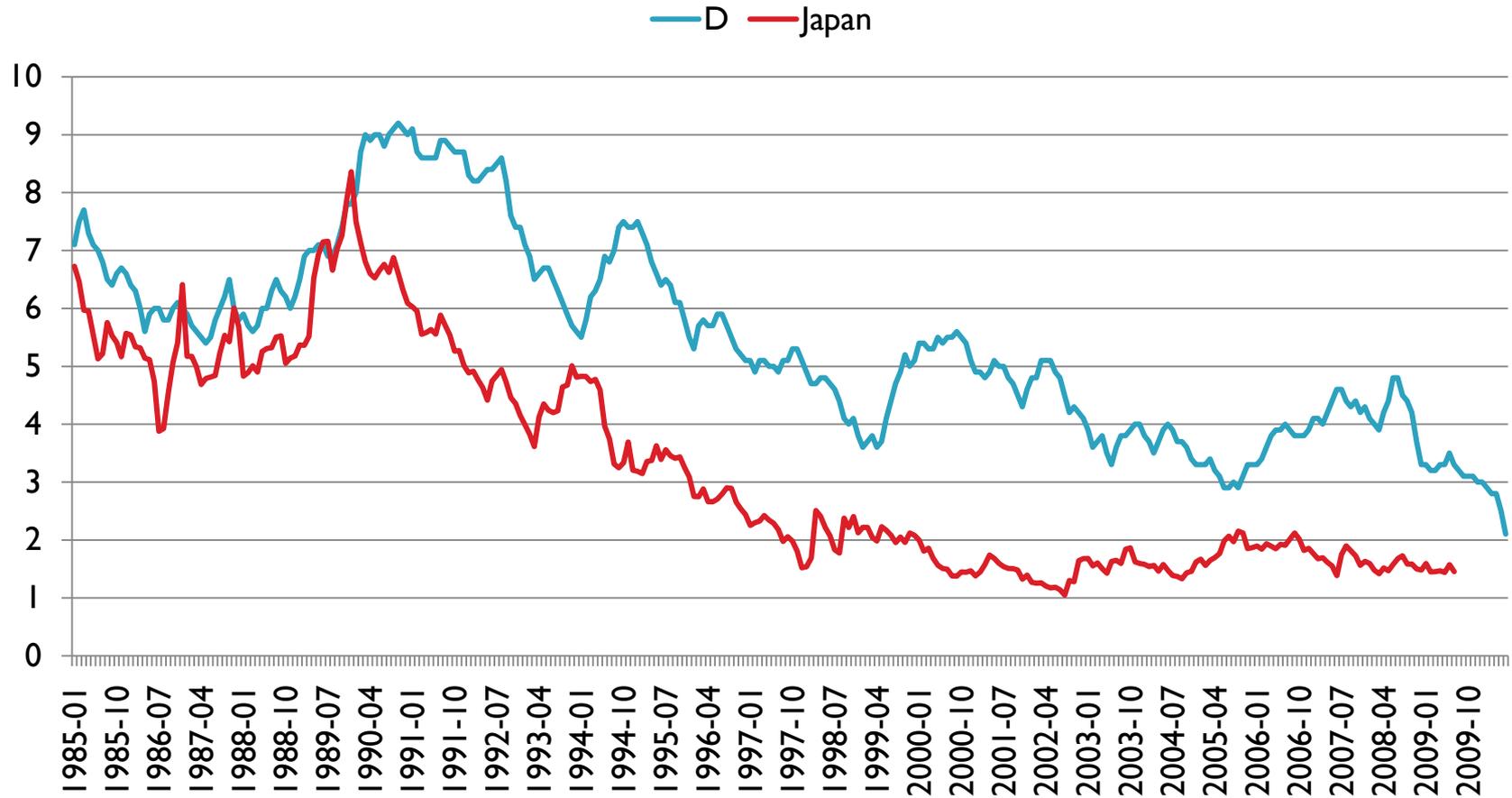
EZB: Amtszeit 8 Jahre



FED: Amtszeit 14 Jahre

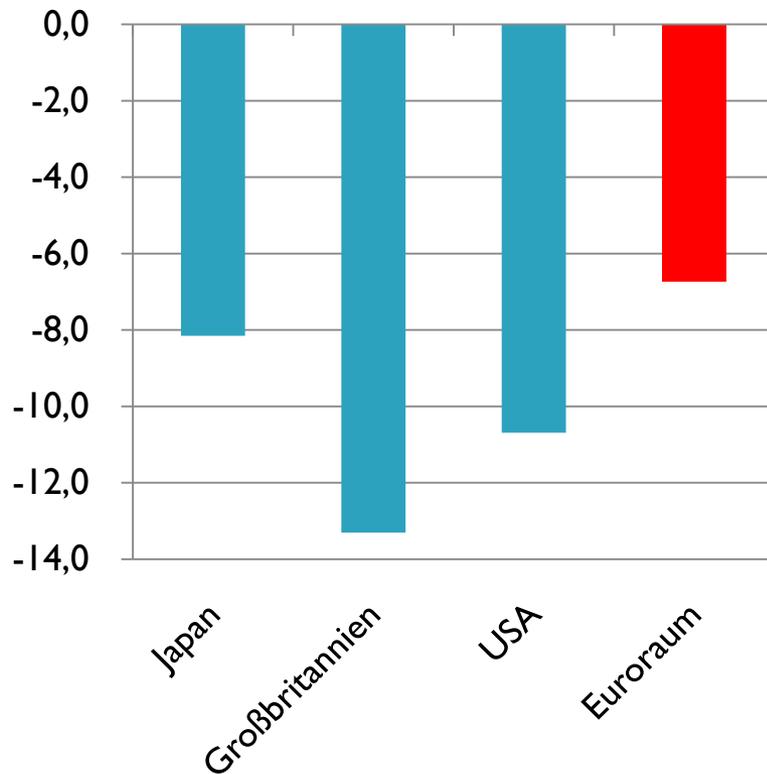


Langfristige Zinsen nähern sich japanischen Verhältnissen

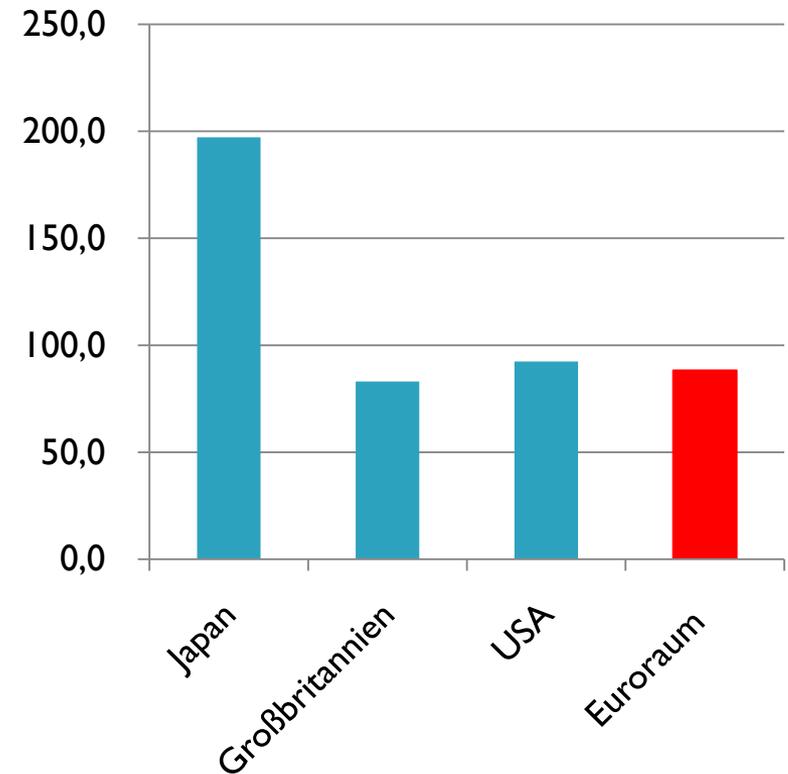


Euroraum fiskalisch stabiler als USA, Japan und Großbritannien

**Budgetsaldo in % des BIP
(2010)**



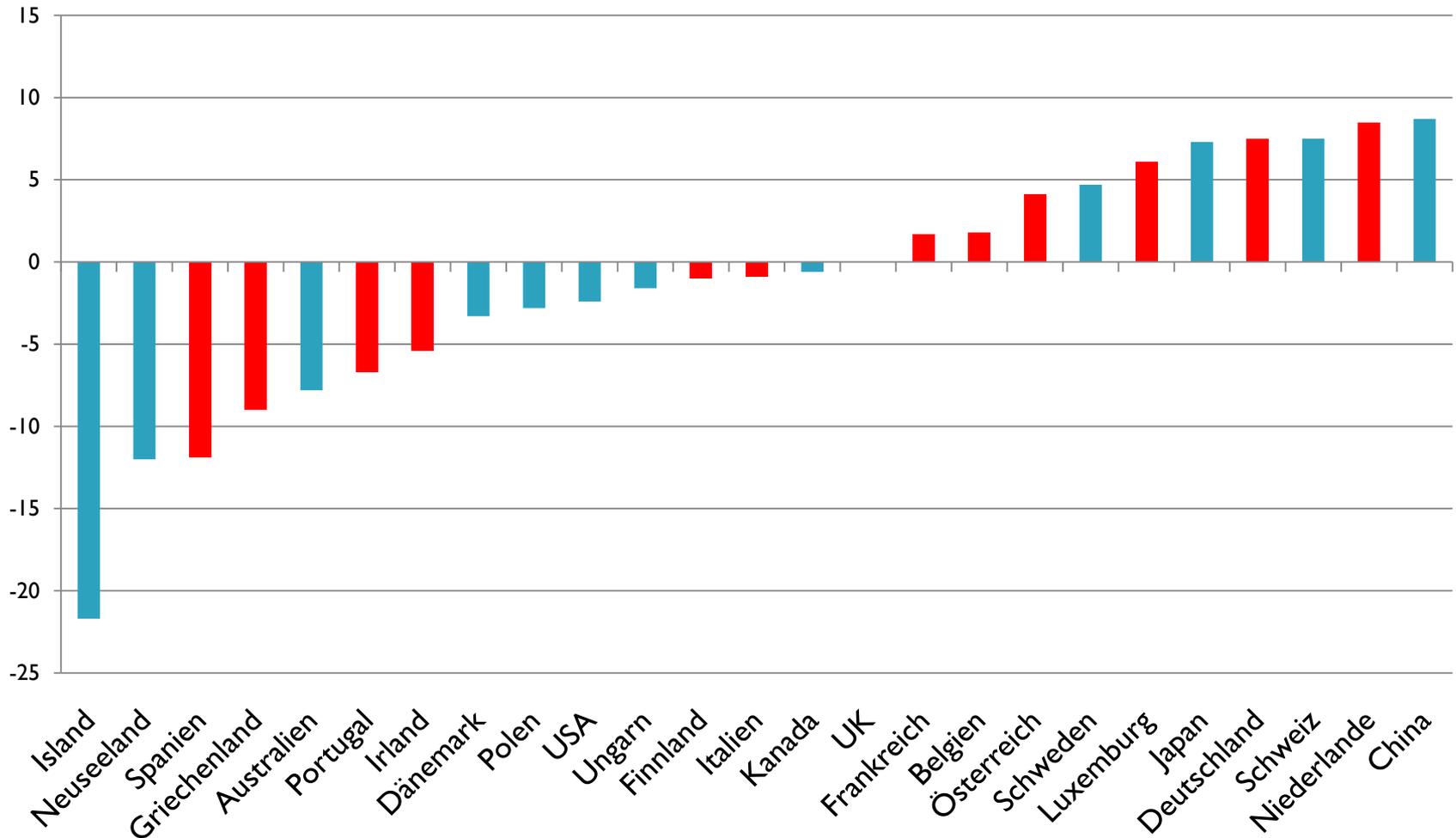
**Schuldenstand in % des BIP
(2010)**



Ursachen der Krise

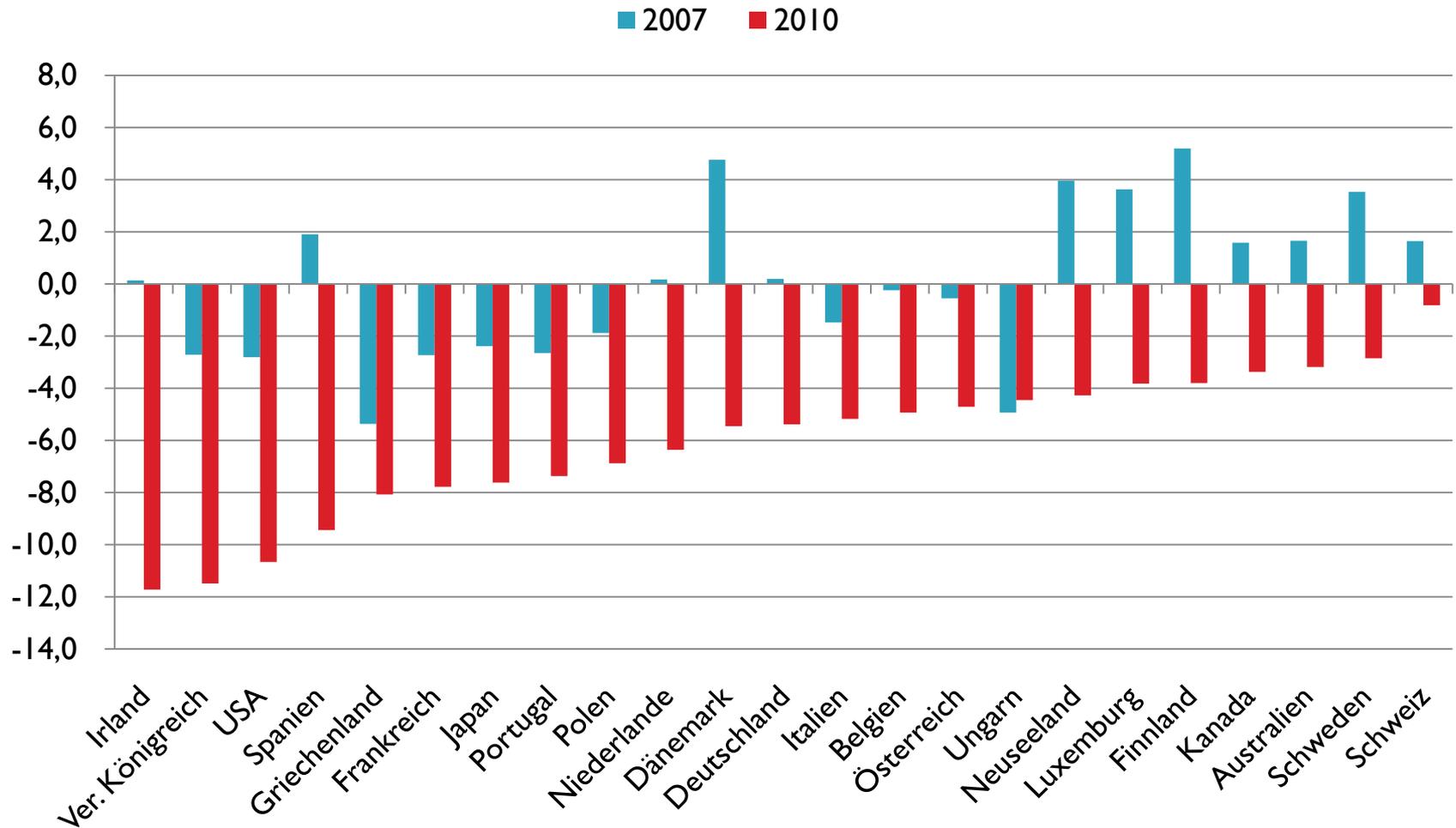


Generelles Problem der globalen Ungleichgewichte



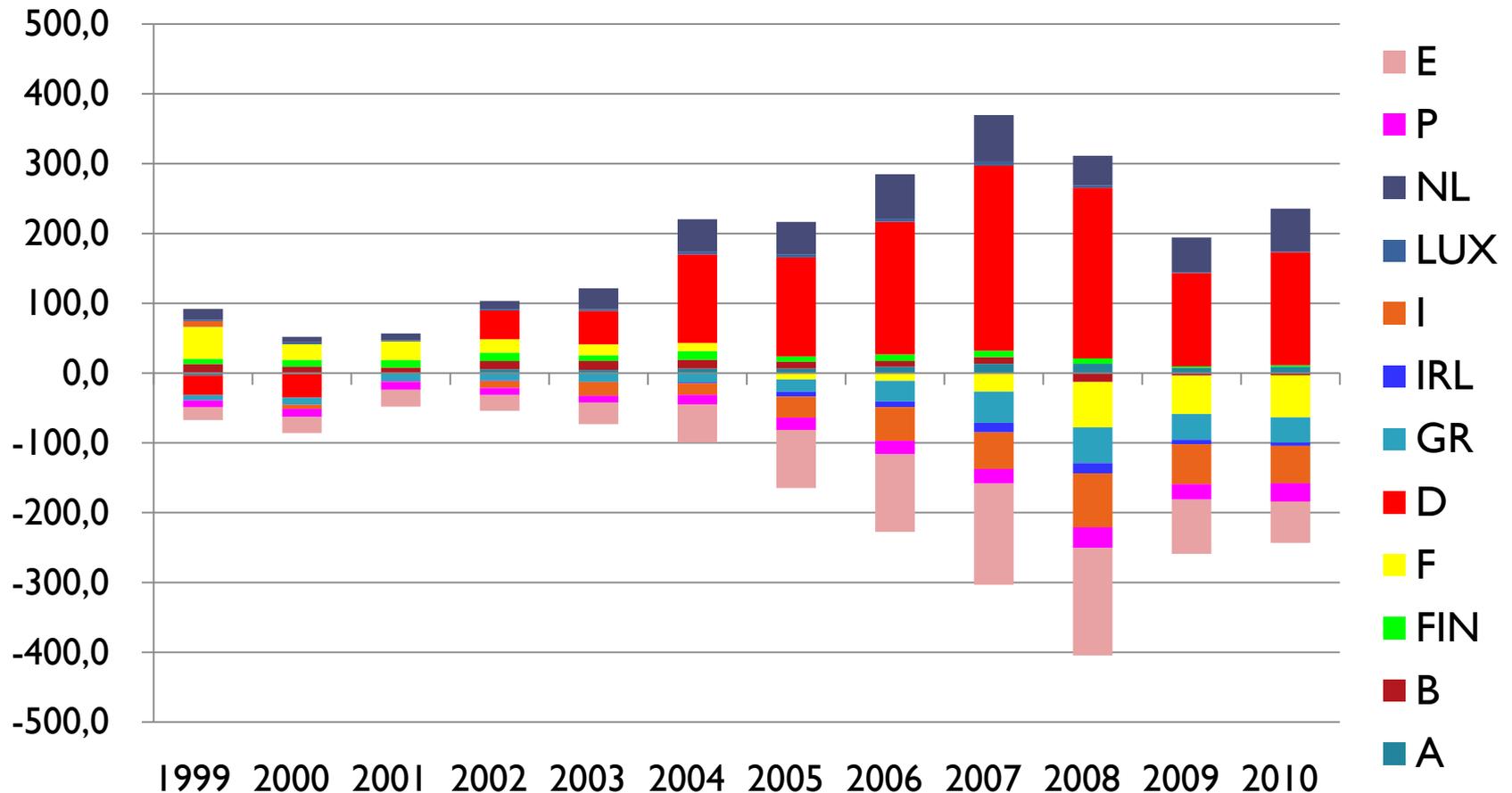
Private Finanzierungssalden im Jahr 2007

Beim Versuch die Finanzmärkte zu retten gerieten Staaten weltweit aus der Balance



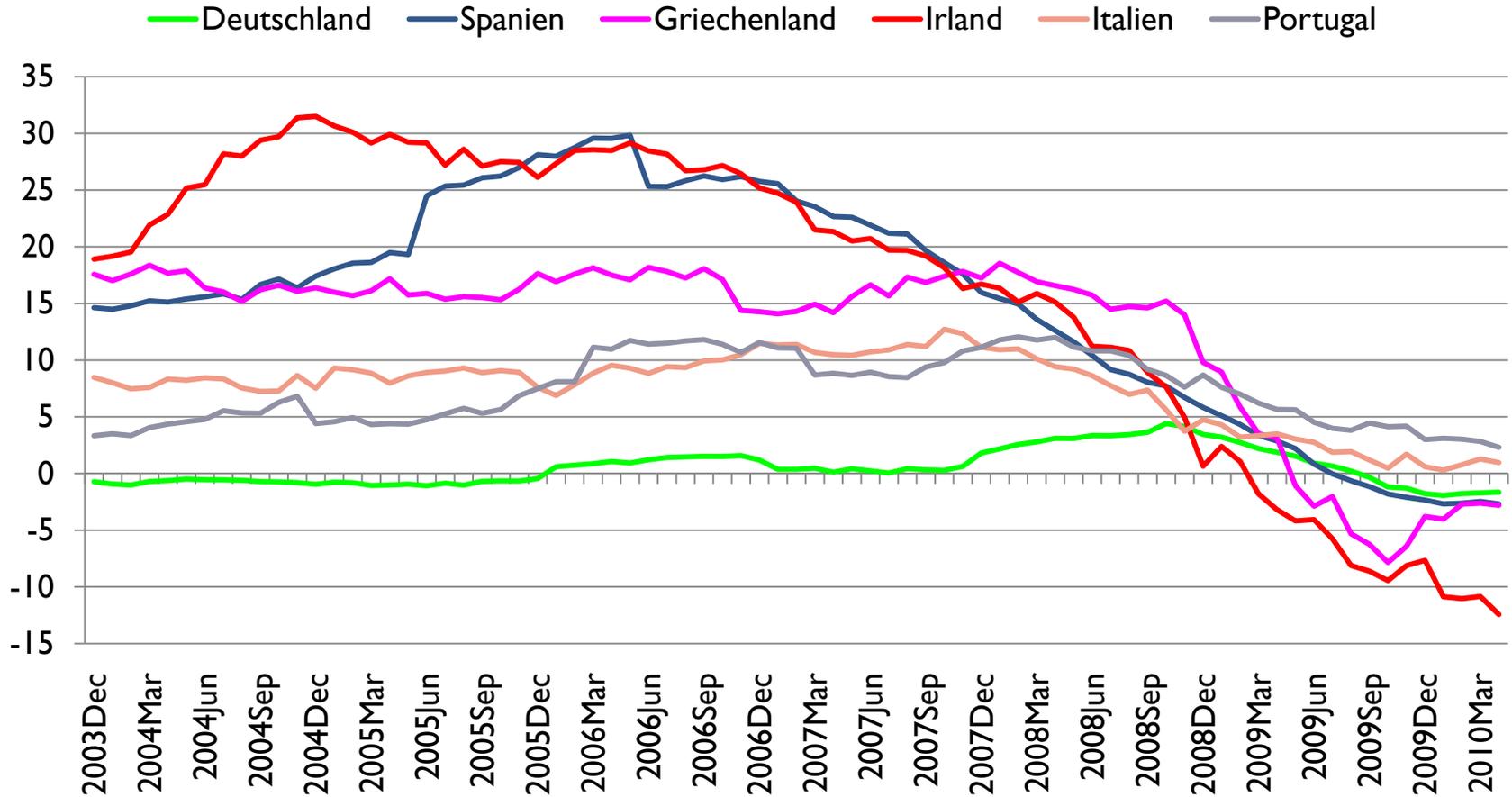
Budgetsalden in % des BIP

Wachsende Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen des Euroraums



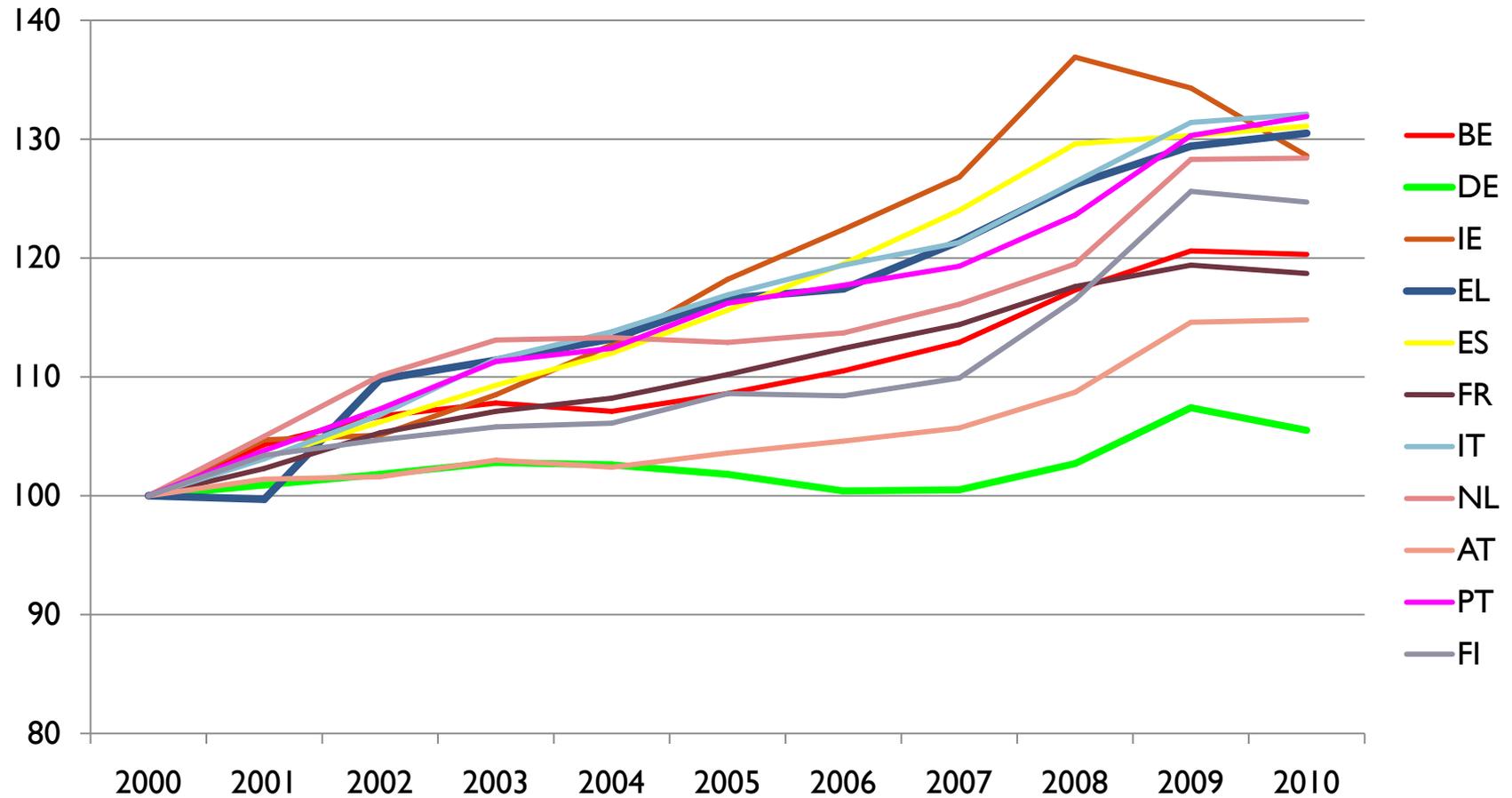
▶ (Leistungsbilanzsalden-in Mrd. US-Dollar)

Überhitzung in Südeuropa und Irland



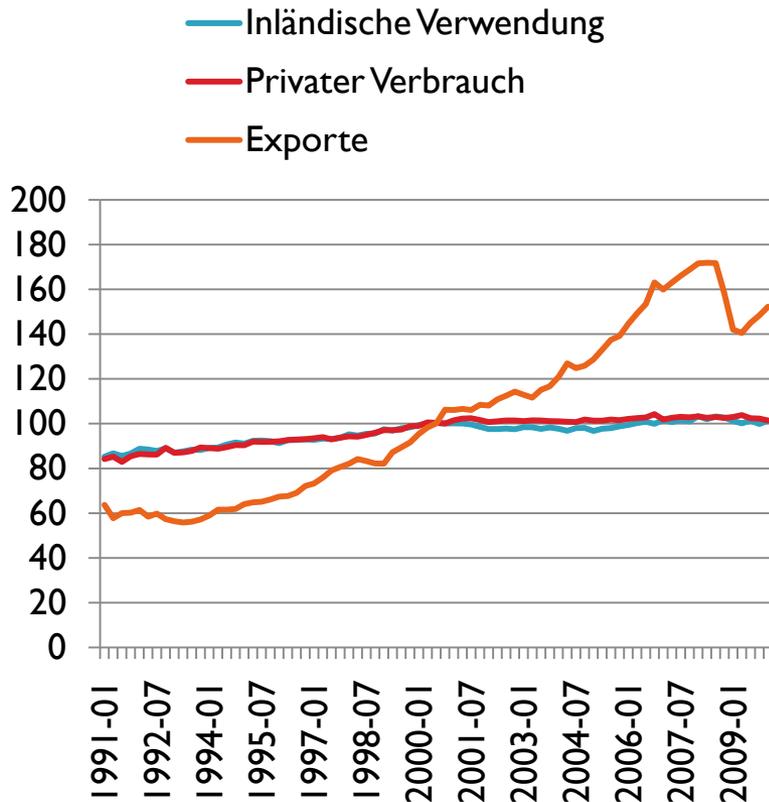
Zuwachsrate der Bankkredite an den privaten Sektor gegenüber Vorjahr in %

Divergierende Lohnstückkosten als Mitursache (2000=100)



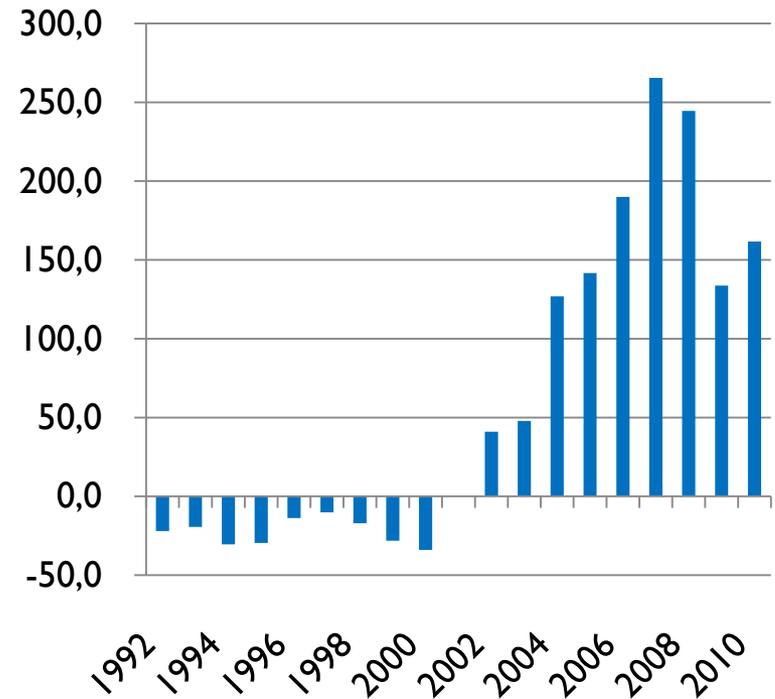
„Modell Deutschland“?

Export-getriebenes Wachstum



Quelle: Deutsche Bundesbank. 2000=100

Hoher Leistungsbilanzüberschuss

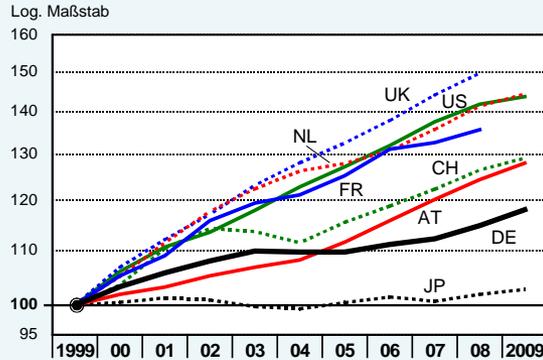


Mrd. US-Dollar. Quelle: OECD

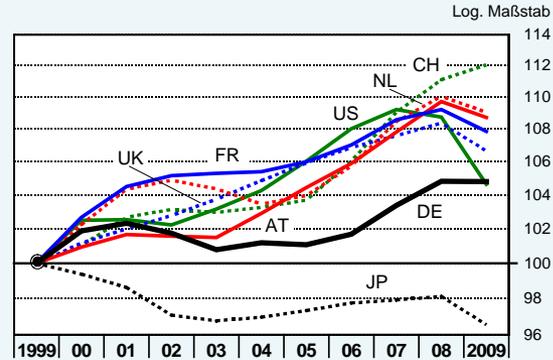
Wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Ländern¹⁾

1999 = 100

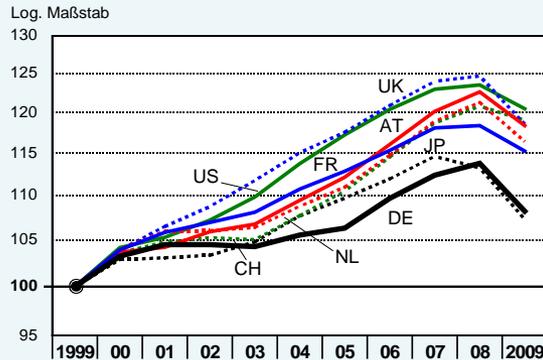
Arbeitnehmerentgelt je Erwerbstätigenstunde



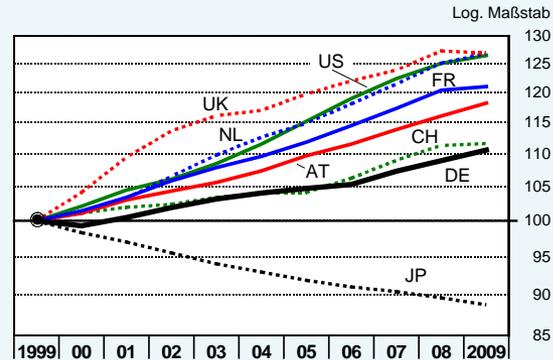
Erwerbstätige²⁾



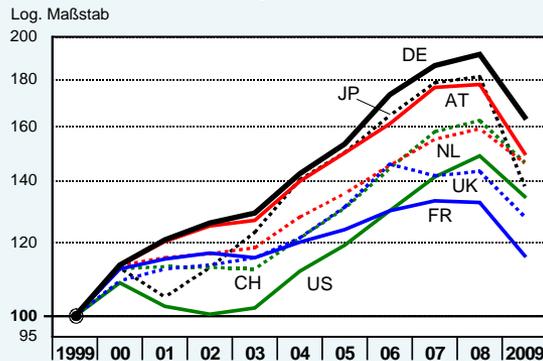
Bruttoinlandsprodukt³⁾



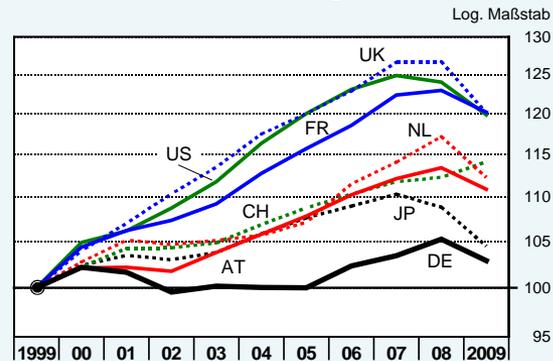
Preisentwicklung des Bruttoinlandsprodukts



Exporte⁴⁾



Binnennachfrage⁵⁾



1) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Betrachtete Länder: AT-Österreich, CH-Schweiz, DE-Deutschland, FR-Frankreich, JP-Japan, NL-Niederlande, UK-Vereinigtes Königreich und US-Vereinigte Staaten.– 2) Inlandskonzept.– 3) Preisbereinigt.– 4) Waren und Dienstleistungen.– 5) Konsumausgaben und Bruttoinvestitionen.

Effekte auf den Arbeitsmarkt

	1998-2001	2004-2008	2005-2008
Rückgang Arbeitslosigkeit	428	1 113	1 593
Veränderung Arbeitsangebot	497	- 84	- 191
Nettoeffekt	925	1 029	1 402
Arbeitsgelegenheiten		-314	-314
Nettoeffekt private Arbeitsnachfrage	925	715	1 088



Das Arbeitsmarktwunder 2009/2010

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

35 Stunden sind genug!

Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch Arbeitszeitverkürzung

Pahl-Rugenstein

IAB-Kurzbericht

Aktuelle Analysen und Kommentare aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

3/2010

„Die flexiblen Arbeitszeiten haben im Jahr 2009 die Wucht der Wirtschaftskrise am deutschen Arbeitsmarkt größtenteils abgefangen. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer ging um 3,2 Prozent zurück, etwa durch Kurzarbeit und den Abbau der Guthaben auf den Arbeitszeitkonten. Die Verkürzung der gesamten Arbeitszeit entspricht rechnerisch rund 1,2 Mio. Beschäftigungsverhältnissen, die so gesichert wurden.“



Beschäftigung verlagert sich zur Teilzeitarbeit

Teilzeitquote und Veränderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen in Prozent



- | | | |
|-----------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|
| A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen | N Sonstige wirtschaftliche Dienstl. (ohne Arbeitnehmerüberlassung) |
| B Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden | H Verkehr und Lagerei | N* Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften |
| C Verarbeitendes Gewerbe | I Gastgewerbe | O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung |
| D Energieversorgung | J Information und Kommunikation | P Erziehung und Unterricht |
| E Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung | K Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | Q Gesundheits- und Sozialwesen |
| F Baugewerbe | M Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen | R Kunst, Unterhaltung und Erholung |
| | | S Sonstige Dienstleistungen |

Quelle: BA, IAB.

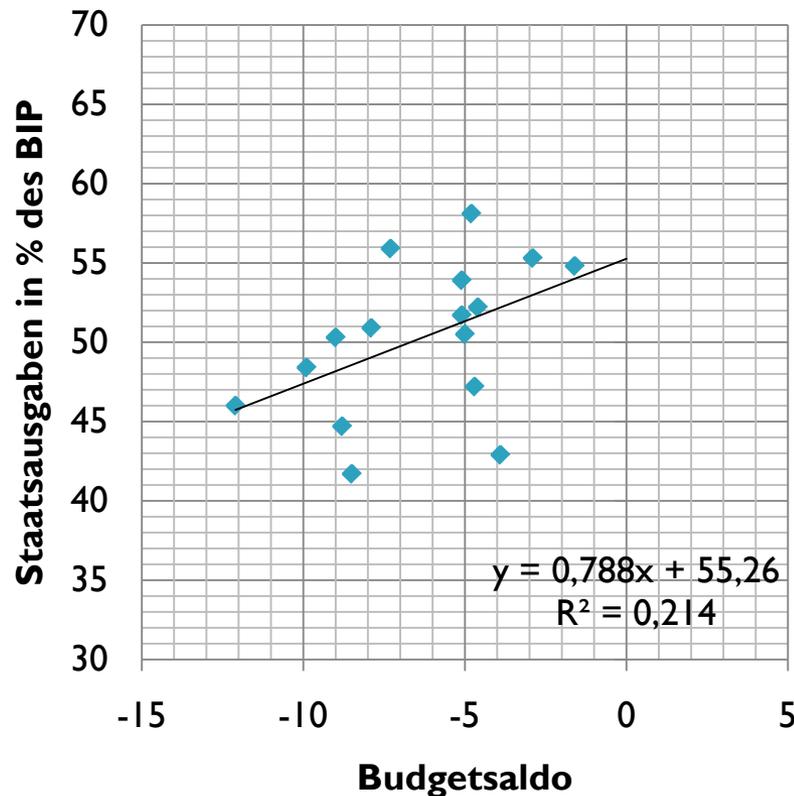
© IAB

Wege aus der Krise

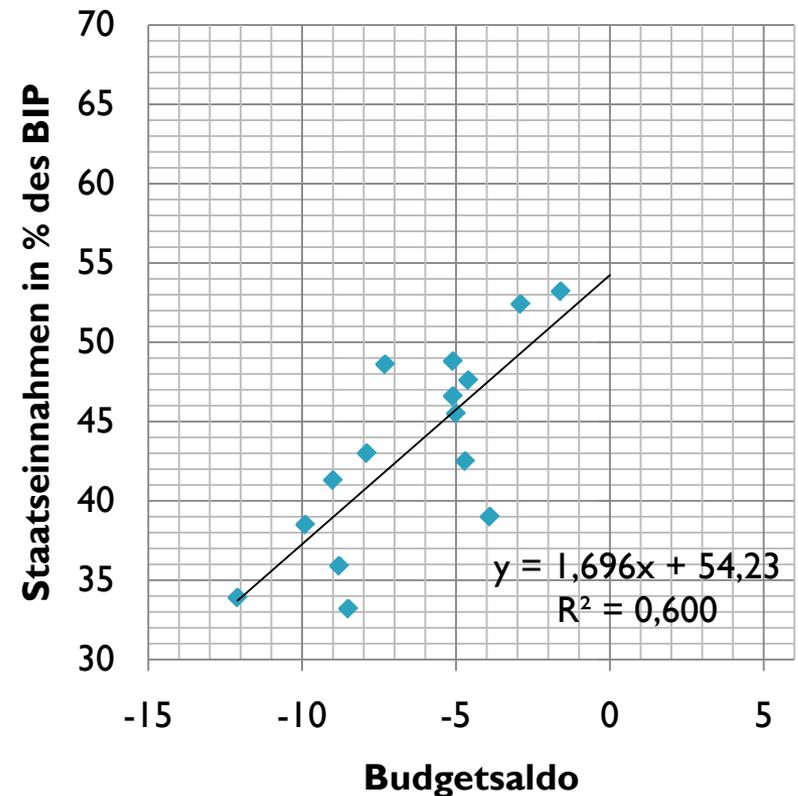


EU-15 Defizitländer: Ausgaben weniger problematisch als Einnahmen

Staatsquote (2011)

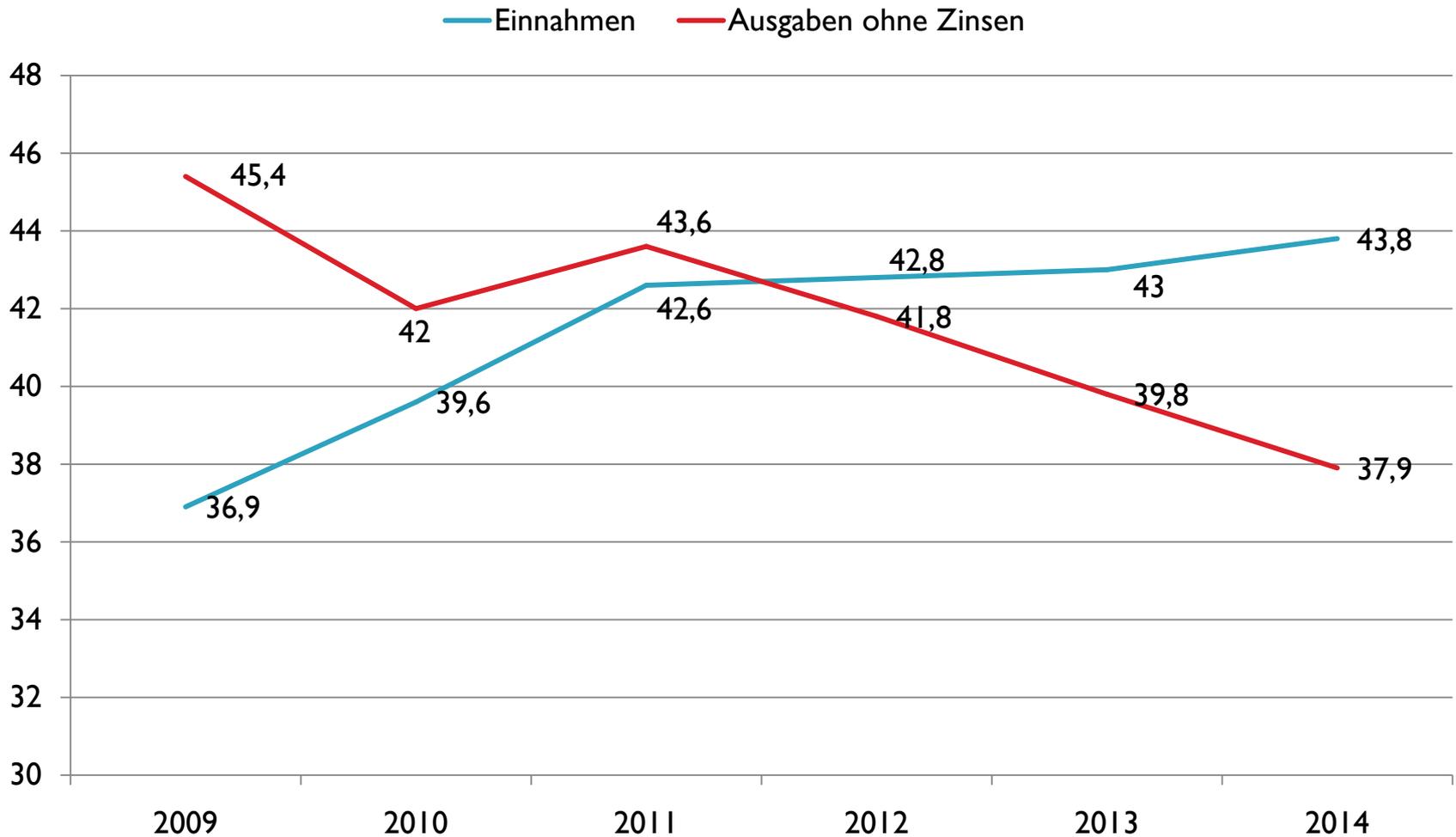


Staatseinnahmen in % BIP (2011)



▶ Staatsausgaben in % des Bruttoinlandsprodukts (2010)

Das griechische Sparprogramm



▶ In % des Bruttoinlandsprodukts

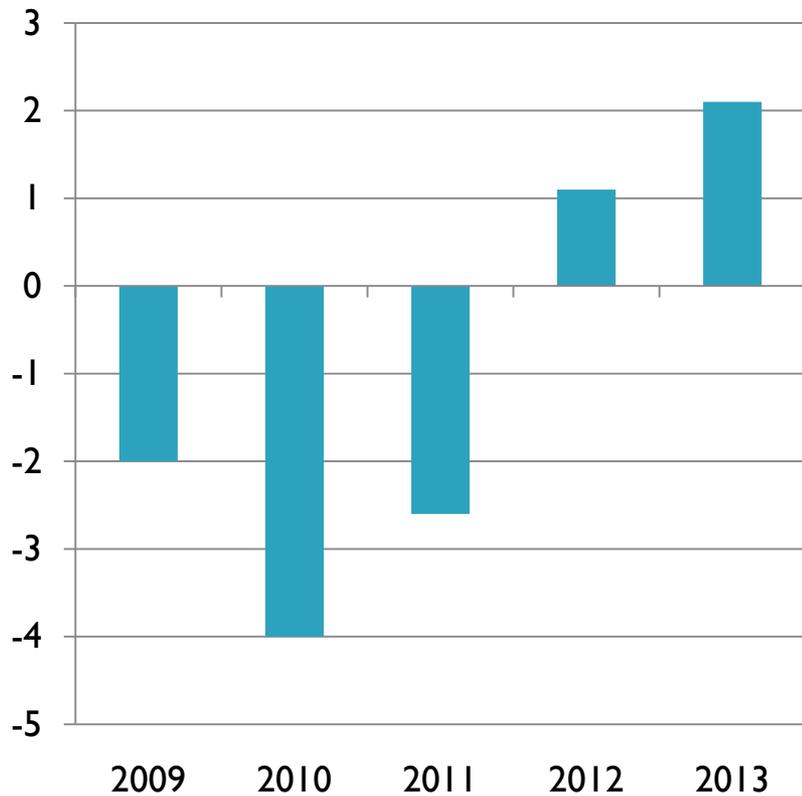
Vergleichbare Programme

	Rückführung Defizit p.a.	Jahre	Erstes Jahr	Abwertung (eff. WK)	Abwertungsphase	Welt BIP
Irland	-3.3	3	1986	-4.7	1986-89	3.9
Schweden	-2.5	5	1993	-21	1992-95	3.2
Portugal	-2.3	3	1986	-22.9	1985-89	3.9
Finnland	-1.9	4	1993	-28	1990-93	3.3
Kanada	-1.8	5	1992	-9.3	1991-95	3.1
Italien	-1.8	4	1993	-27.5	1992-95	3.3
Griechenland	-1.7	5	1993	-14.6	1992-95	3.2
United Kingdom	-1.5	5	1993	-12.9	1992-95	3.2

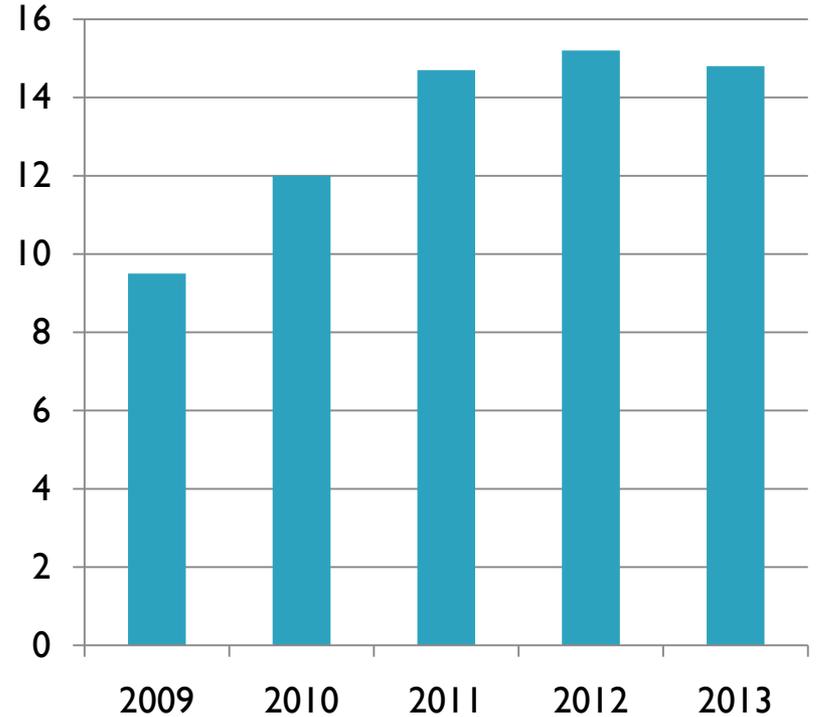


Land steht vor schweren Zeiten

Wirtschaftswachstum



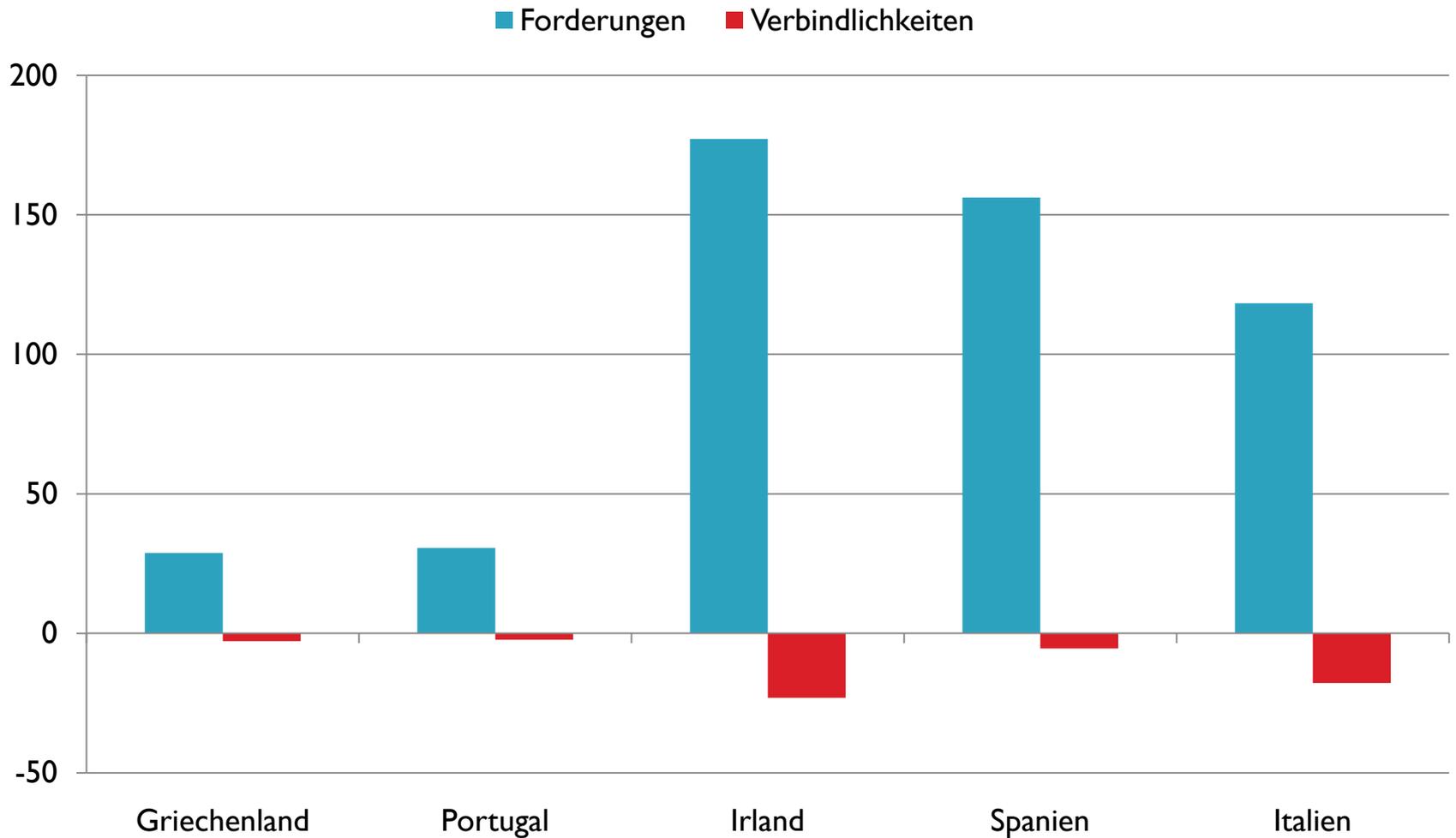
Arbeitslosenrate



Sollte man Griechenland direkt ausschließen?

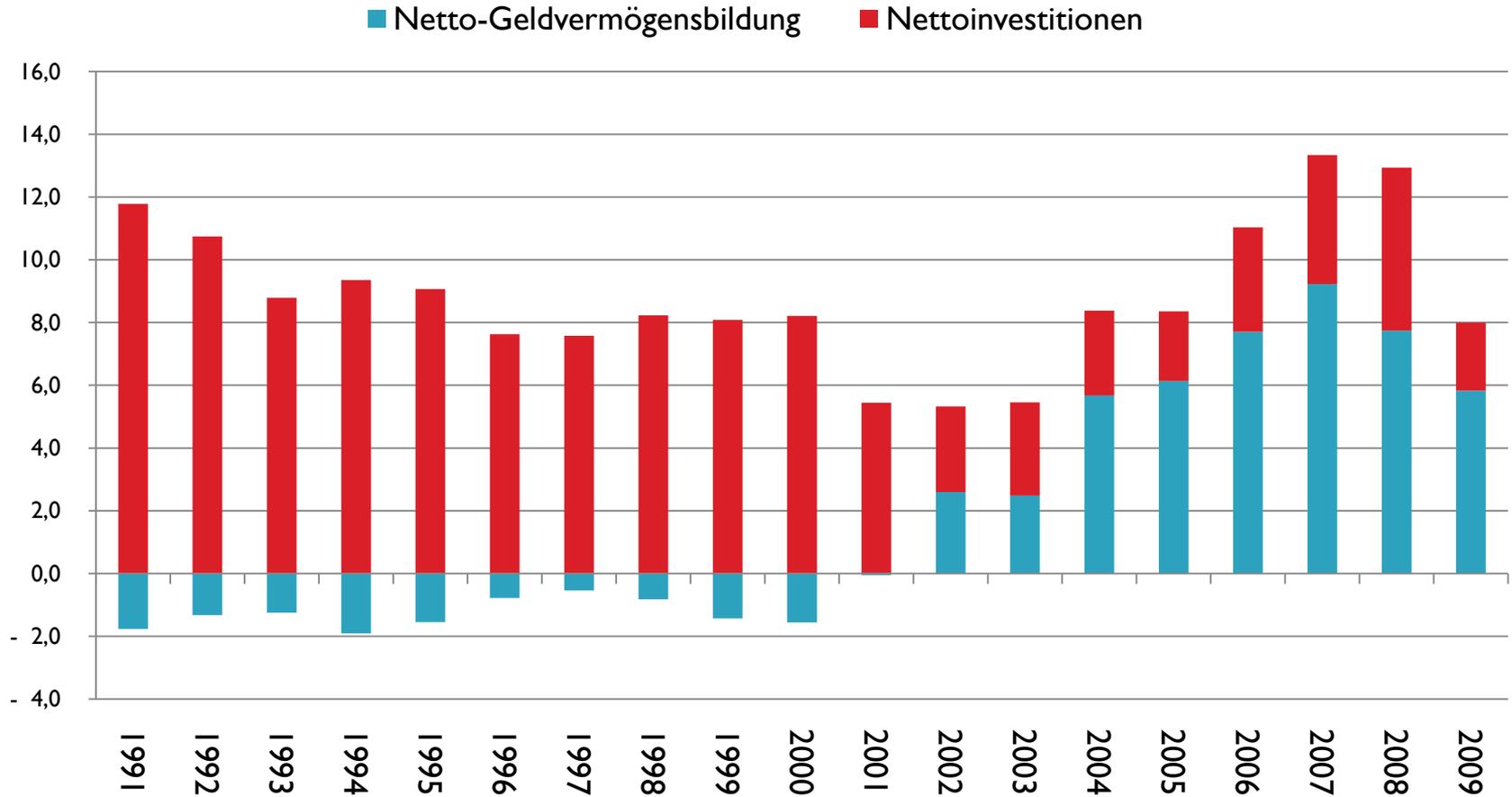


Deutsche Banken als Kreditgeber der PIIGS



▶ Stand April 2010

Deutschlands Beitrag: Mehr Investieren



In % des verfügbaren gesamtwirtschaftlichen Einkommens. Quelle: Deutsche Bundesbank

Institutionelle Reformen

- ▶ Stabilitäts- und Wachstumspakt zielführender gestalten
 - ▶ Gedächtnis
 - ▶ Zielführende Sanktionen
 - ▶ Koordinierung des Fiskalpolitik
- ▶ Bessere Überwachung der privaten Finanzierungssalden durch Verantwortung der EZB für Finanzstabilität
- ▶ Monitoring der Lohnentwicklung
- ▶ Insolvenzverfahren für Staaten muss langfristig vorbereitet werden



Europäische Währungsunion hat schwierige Gratwanderung vor sich

